

## **PROTOKOLL**

der öffentlichen Sitzung

**des Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften**

**(gemeinsam mit dem Europaausschuß des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages)**

**Sitzungsdatum:** 2. Mai 2001  
**Sitzungsort:** Hamburg, Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 16.00 Uhr bis 17.40 Uhr  
**Vorsitz:** Abg. Dr. Barbara Brüning  
**Schriftführung:** Abg. Bettina Machaczek  
**Sachbearbeitung:** Michael Randt

---

### **Tagesordnung:**

1. Ostseeparlamentarierkonferenz  
(Selbstbefassungsangelegenheit)
2. Öresundregion – Motor für die Ostseekooperation  
im 21. Jahrhundert  
(Selbstbefassungsangelegenheit)
3. STRING – weitere Vorgehensweise  
(Selbstbefassungsangelegenheit)
4. Nordseekooperation  
(Selbstbefassungsangelegenheit)
5. Verschiedenes

**Anwesende:**

**I. Mitglieder des Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften**

Abg. Dr. Barbara Brüning (SPD-Fraktion) (Vorsitzende)  
Abg. Axel Bühler (GAL-Fraktion)  
Abg. Michael Dose (SPD-Fraktion)  
Abg. Dietrich Ellger (SPD-Fraktion)  
Abg. Dr. Michael Freytag (CDU-Fraktion)  
Abg. Rolf Kruse (CDU-Fraktion)  
Abg. Bettina Machaczek (CDU-Fraktion) (Schriftführerin)  
Abg. Jürgen Mehlfeldt (CDU-Fraktion)  
Abg. Michael Neumann (SPD-Fraktion)  
Abg. Berndt Röder (CDU-Fraktion)  
Abg. Jürgen Schmidt (SPD-Fraktion)

**II. Mitglieder des schleswig-holsteinischen Europaausschusses**

Abg. Joachim Behm (FDP-Fraktion)  
Abg. Hermann Benker (SPD-Fraktion) (i.V.)  
Abg. Claus Ehlers (CDU-Fraktion) (Stellv. Vorsitzender)  
Abg. Rolf Fischer (SPD-Fraktion) (Vorsitzender)  
Abg. Klaus Klinckhamer (CDU-Fraktion)  
Abg. Dr. Gabriele Kötschau (SPD-Fraktion)  
Abg. Peter Lehnert (CDU-Fraktion)  
Abg. Manfred Ritzek (CDU-Fraktion)  
Abg. Ulrike Rodust (SPD-Fraktion)  
Abg. Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion)

**III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter**

StRin Frau Maier-Reimer  
WissAng Dr. Chrobot  
OAR Frau Küstner  
- Senatskanzlei –

WissAng Pudor  
- Stadtentwicklungsbehörde –

**IV. Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung**

Dietrich Seele  
- Staatskanzlei -

## **V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit**

3 Personen

Die Vorsitzende begrüßt im Namen des hamburgischen Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften die anwesenden Mitglieder des schleswig-holsteinischen Europaausschusses. Sie freue sich, daß zum zweiten Mal die beiden für Europafragen zuständigen Ausschüsse zusammenkämen, um über gemeinsame Probleme nachzudenken und zu Lösungen zu kommen.

Der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Europaausschusses dankt dafür, daß es so schnell zu dieser Sitzung gekommen sei. Die Europawoche sei dafür ein guter Anlaß gewesen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften beschließen einstimmig, sich in dieser Sitzung im Rahmen ihres Selbstbefassungsrechts nach § 53 Abs. 2 Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft mit den Themen

- Ostseeparlamentarierkonferenz
  - Öresundregion – Motor für die Ostseekooperation im 21. Jahrhundert
  - STRING – weitere Vorgehensweise
  - Nordseekooperation
- zu befassen.

### **Zu TOP 1:**

Die Vorsitzende des hamburgischen Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften weist auf das als Tischvorlage (siehe Anlage) verteilte, geplante Programm der 10. Ostseeparlamentarierkonferenz, die am 3. und 4. September 2001 in Greifswald stattfinden werde, hin. Schwerpunkte würden, wie aus dem Entwurf einer möglichen Resolution hervorgehe, die Themen Schiffssicherheit und Zivilgesellschaft bilden. Der Senat sei ersucht worden, bis zu Beginn der nächsten Konferenz über die Punkte der vorangegangenen Ostseeparlamentarierkonferenz zu berichten. Die Ausschußmitglieder seien fraktionsübergreifend der Meinung gewesen, daß die Resolutionen wirkungslos blieben, wenn sie nicht in den einzelnen Bundesländern und Ostseeanrainerstaaten behandelt würden.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten berichten von dem in Schleswig-Holstein obligatorischen Verfahren in bezug auf die Berichterstattung über die jeweiligen Konsequenzen aus der Parlamentarierkonferenz. Von seiten der Landesregierung werde über den Ostseeratsbericht informiert und der Landtagspräsident gebe einen Bericht über die Parlamentarierkonferenz, so daß das Parlament als Ganzes gut informiert sei. Im Europaausschuß würden dann die einzelnen Punkte mit einer gewissen Vorlaufzeit aufgerufen, um darüber zu reden, welche möglichen Initiativen noch ergriffen werden könnten bzw. bei welchen Punkten ein Nachbessern der Beschlüsse notwendig wäre. In der letzten Sitzung sei beispielsweise die Jugendstiftung beschlossen worden.

Die hamburgischen CDU-Abgeordneten äußern die Befürchtung, daß das von allen gewünschte Ostsee-Jugendwerk auch auf der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz nicht zur Umsetzung geführt werde. Daher sollte dieses Thema gesondert erörtert und das weitere Vorgehen besprochen werden. Es sei fraglich, ob sich der Senat rechtzeitig zur Vorbereitung auf die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz zu den Punkten der Resolution aus der letzten Konferenz äußern werde.

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten stellen fest, der Senat sei gebeten worden, bis zum Sommer zu jedem Punkt der Resolution zu berichten. Sie erkundigen sich nach Initiativen Schleswig-Holsteins in bezug auf die Jugendstiftung und die Bildung eines Ringes baltischer Universitäten.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten weisen auf ihre Initiative in Richtung Bundesregierung hin. Deren Reaktion sei jedoch mit Hinweis auf die Finanzierung sehr verhalten gewesen. Anstrengungen zum Aufbau einer Jugendstiftung würden bisher nur von Estland und Finnland unterstützt werden. Insofern bedürfe es eines neuen Anstoßes. Das Thema sollte auf der nächsten gemeinsamen Sitzung erneut aufgegriffen werden. Entscheidend sei, dieses Projekt schrittweise unter Beteiligung aller Ostseeanrainerstaaten voranzubringen. Aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten einiger Staaten sollte über ein Sponsoring nachgedacht werden.

Die Mitglieder beider Ausschüsse erzielen Einvernehmen über den Vorschlag der hamburgischen SPD-Abgeordneten, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit drei Vertretern aus jedem Ausschuß zu bilden, die bis Mitte Juli Möglichkeiten suchen solle, mit denen zugunsten der Jugendstiftung Einfluß auf die 10. Ostseeparlamentarierkonferenz genommen werden könne.

Der schleswig-holsteinische Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigt sich verwundert, daß trotz der von seiten der Bundesregierung nicht wahrgenommenen Möglichkeit, im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft etwas zu bewegen, das Projekt erneut angeschoben werden solle. Seiner Meinung nach sollte eher ein anderes Projekt mit größeren Erfolgsaussichten vorangebracht werden.

Nach Auffassung der hamburgischen CDU-Abgeordneten sollte ein anderes Projekt ausgewählt werden, wenn beide Ausschüsse zu dem Schluß kämen, daß mit der Umsetzung der Jugendstiftung in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen sei.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten erklären, sie teilten diese Auffassung. Der Vorschlag einer Ostseejugendstiftung sollte dann zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufgegriffen werden.

Die Mitglieder beider Ausschüsse verständigen sich darauf, daß die zu bildende Arbeitsgruppe über die weitere Vorgehensweise bei diesem Projekt beraten solle.

Die Vorsitzende des hamburgischen Europaausschusses erklärt, sie werde die Bitte der hamburgischen CDU-Abgeordneten, den Ausschuß für Europa und Städtepartnerschaften über die Termine zur Vorbereitung der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz zu unterrichten, an die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft weiterleiten.

Der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete berichtet, er habe - zusammen mit einem weiteren Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages - Ende April in Schwerin an einer Anhörung zum Thema Schiffssicherheit teilgenommen. Ausgehend von dieser Anhörung hätten die Bundesregierung und die Regierung Mecklenburg-Vorpommerns die Initiative ergriffen, ein Arbeitspapier für die Ostseeparlamentarierkonferenz im September vorzubereiten, mit dem möglichst zügig auf die akute Gefährdung der Ostseeküsten reagiert werden könne. Vor allem die Gefährdung durch Schiffe, die Öl durch die westliche Ostsee in Richtung russische und baltische Häfen transportierten, würde ständig zunehmen. Die Schiffe entsprächen zwar internationalen Standards, wegen ihrer Größe und ihres Tiefganges von bis zu 16 Metern jedoch nicht den Erfordernissen der Ostsee. Denn im Bereich der sog. Kadett-Rinne gebe es Untiefen von nur 14 Metern. Bei geringsten Navigationsschwierigkeiten drohten die Schiffe, auf Grund zu laufen. Insofern sei dringender Handlungsbedarf gegeben. Die bereits eingeleiteten Initiativen würden nach Aussagen aller Fachleute erst in den Jahren 2007 und 2008 Wirkung entfalten. Für die nächste Plenarsitzung in Schleswig-Holstein sei ein entsprechender Antrag vorbereitet worden.

Der hamburgische GAL-Abgeordnete teilt mit, nach seinen Informationen werde vom Senat eine Drucksache vorbereitet, die dazu führen solle, daß Schiffe mit höherem Sicherheitsniveau durch geringere Hafengebühren belohnt werden. Der Versuch, sich mit anderen Hafenstädten abzustimmen, würde sich aufgrund der unterschiedlichen Organisationsstrukturen in den einzelnen Häfen nicht einfach gestalten. Ein einzelner Hafen könne Umweltinvestitionen in der Regel nicht über die Hafengebühren refinanzieren. Bei einer Kette von Häfen könnten Investitionen in Filter, schwefelarme Treibstoffe etc. über eingesparte Hafengebühren refinanziert werden. Auf der Ostseeparlamentarierkonferenz sollte möglichst viel von dem, was gerade an Ideen entwickelt oder umgesetzt werde, in den Entscheidungsprozeß eingebaut werden.

Die Mitglieder beider Ausschüsse vereinbarten den gegenseitigen Austausch von Informationen. Das Protokoll der Anhörung des Umweltausschusses des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern solle nach dessen Fertigstellung in beiden Ausschüssen verteilt werden.

### **Zu TOP 2 und TOP 3:**

Auf Frage des hamburgischen GAL-Abgeordneten berichten die Senatsvertreter, im Anschluß an die Konferenz vom Januar 2001 sei der Abschluß des STRING-Projektes erörtert worden. Bei einem politischen Forum im Juni 2001 solle die weitere Zusammenarbeit verabredet werden. Die am STRING-Projekt beteiligten Regionen hätten sich dabei im Rahmen ihrer Kooperationen auf 7 Themenfelder verständigt:

- Netzwerk kleinerer und mittlerer Unternehmen zur Förderung des E-Business
- Netzwerk zur Gesundheitsvorsorge
- Austauschprogramm im Rahmen des Arbeitsmarktes von Schulen und Ausbildungsprogrammen – vom DGB unter dem Projekttitel "Exchange" initiiert
- Projekt „STRING-Design“, mit dem ein Design für die unter STRING kooperierenden Regionen gefunden werden solle
- Natürliche und kulturelle Perlen
- Projekt zur nachhaltigen Küstenentwicklung
- Virtueller Campus für das E-Learning, den Unterricht über das Internet.

Des Weiteren habe das Metropolitan-Forum seine Arbeit aufgenommen, in dem die Zusammenarbeit vor allem auf die Metropolregionen Hamburg und Kopenhagen konzentriert werde. Das am 30. Juni 2001 stattfindende politische Forum solle insbesondere über die weitere STRING-Kooperation und die Steuerung und Koordinierung der Projekte befinden. Um das STRING-Projekt und die Kooperationen ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken, solle eine Gruppe gebildet werden, die sich um Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung kümmere. Die Arbeit von STRING werde von allen Beteiligten als erfolgreich angesehen.

Der Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung teilt die Auffassung der Senatsvertreter über den Erfolg des Koordinierungsprozesses. Im Wissen um die großen ökonomischen Potentiale in der Öresundregion - Mediensektor, Hochschulverbund, Medizintechnologie, Dienstleistung, Ernährungswirtschaft, Technologieparks - hätte sich Schleswig-Holstein um eine Kooperation bemüht, aus der schrittweise das STRING-Projekt entstanden sei. Auf der am 12. Juni stattfindenden Abschlussveranstaltung solle der Startschuß für die Folgeprojekte, die im Rahmen von STRING entwickelt worden seien, und die konkrete Umsetzung des gerade auf der Arbeitsebene fertiggestellten Entwicklungskonzeptes fallen. Herzstück des Entwurfes, der Ziel des STRING-Projektes gewesen sei, bilde ein Strategie- und Aktionsplan mit den genannten Projekten. Es müßten Strukturen geschaffen werden, die sicherstellten, daß diese Projektideen auch umgesetzt werden. Bereits in diesen Wochen würden sich die Projektverantwortlichen treffen, um die Voraussetzungen für die Umsetzung der Projekte ab Juli 2001 zu schaffen. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein habe zur Realisierung der Folgeprojekte für die nächsten 3 Jahre allein im Bereich der Staatskanzlei rund 400 000 DM in den Haushalt eingestellt. In den Gesamtprozeß seien etwa 100 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Verkehrs- und Umweltverbänden und den Gewerkschaften einbezogen worden, mit denen die Elemente des Entwicklungskonzeptes erarbeitet worden seien. Sie hofften, daß ein großer Teil der Experten auch in den Projekten mitwirken werde.

Ausgangspunkte ihrer Überlegungen zu STRING seien zum einen die Analyse gewesen, daß der Wettbewerb der Regionen weltweit zunehme. Deshalb müßten sich insbesondere kleinere Regionen entsprechend positionieren, um im Wettbewerb auf Dauer bestehen zu können. Zum anderen seien viele weltweit agierende Unternehmen in der Lage, ihre Standorte innerhalb weniger Monate zu verlagern. Bisher sicher scheinende Standortvorteile müßten immer wieder neu verteidigt, neue Standortvorteile immer wieder neu errungen werden. Dies seien strategische Ausgangspunkte für Schleswig-Holstein gewesen, die Potentiale in der südwestlichen Ostseeregion zwischen den Metropolregionen Hamburg, Schleswig-Holstein und Kopenhagen/Malmö zu bündeln und ein ökonomisches Kraftzentrum zu entwickeln. Mit dem fertiggestellten Entwicklungskonzept könnten gute Voraussetzungen geschaffen werden. Benötigt würden dafür eine permanente Arbeitsgruppe – bisher schon Garant des Erfolges -, eine Ebene hoher Beamter, die tagtäglich die wichtigen Entscheidungen treffen könnten, sowie die politische Ebene. In den bisherigen 4 Konferenzen hätten sich die wichtigsten politischen Vertreter der STRING-Partner auf Leitlinien verständigt.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten bestätigen, die Arbeit im Projekt sei hervorragend gelaufen. Sie bedauern, daß das Parlament kaum in das Verfahren einbezogen worden sei, und fragen, wie dessen Beteiligung bei der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes erfolgen könnte.

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten erinnern daran, daß die Nicht-Einbindung der Parlamente in das STRING-Projekt bereits auf der letzten gemeinsamen Ausschusssitzung festgestellt worden sei.

Nach Ansicht der hamburgischen CDU-Abgeordneten werde in den Ausschüssen zu wenig berichtet, in welchen Bereichen es Probleme oder Spannungen gebe. Strategische und mittelbewilligende Entscheidungen fielen aber in den Parlamenten. Sie fragen nach dem Stand der Entwicklung beim „virtuellen Campus“.

Die Senatsvertreter erwidern, eine Beteiligung der Parlamentarier sei durchaus willkommen. Sie weisen darauf hin, daß die Teilnahme an den Projekten mit hohen Reisekosten verbunden sei. Im Ausschuß solle künftig kontinuierlicher berichtet werden.

Der Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung teilt mit, die Kieler Landesregierung habe mit großem Interesse verfolgt, daß sich beide Ausschüsse mit dem STRING-Projekt befaßten. Auf verschiedenen Ebenen seien Überlegungen über eine stärkere Einbeziehung der Parlamentarier angestellt worden. Bei der Einbeziehung sei zu berücksichtigen, daß das Öresund-Komitee kein Parlament habe, so daß mit etwa 13 kommunalen oder regionalen Parlamenten mit unterschiedlichen Kompetenzen und Machtstrukturen kooperiert werden müsse. Die schleswig-holsteinische Landesregierung gebe einen Euro-Brief mit einer Auflage von 3 000 Exemplaren heraus, in dem regelmäßig über den STRING-Prozeß berichtet werde. Denn dieser Prozeß könne nur mit der Motivation und der Fantasie der Menschen zu einem Erfolg geführt werden.

Um den „virtuellen Campus“ der Fachhochschule Lübeck und der Universität Lund hätten sich mittlerweile weitere schwedische, dänische und hamburgische Hochschulen angesiedelt. Mitte Mai werde ein Kooperationsvertrag unterzeichnet. Der „virtuelle Campus“ sei eines der wichtigsten „Lighthouse-Projekte“ in der Folge von STRING, weil es die Potentiale auf verschiedenen Ebenen der Regionen darstelle.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten erkundigen sich nach konkreten Projekten zu den 7 genannten Themenbereichen und deren Finanzierung.

Die Senatsvertreter teilen mit, das Projekt „Healthcare“ sei bereits konkret angeschoben worden. Das Projekt „Stringdesign“ werde Ende Mai in Hamburg konkretisiert werden. Die Finanzierung der Projekte sei problematisch und bedürfe u.a. der Hilfe des INTER-REG III b-Programms. Im Rahmen von INTER-REG III b würden gemeinsam abgestimmte Projekte der transnationalen Zusammenarbeit im Nord- und Ostseebereich mit bis zu 50 % des finanziellen Aufwandes von der EU gefördert.

Der Vertreter der schleswig-holsteinischen Landesregierung erläutert, innerhalb der strategischen Handlungsfelder

- Wirtschaftsentwicklung mit Schwerpunkt „New Economy“
- Lerngesellschaft
- Wissensaustausch
- Mobilität
- Infrastruktur und Verkehr
- Umwelt, Natur und Landschaft
- Kultur

seien eine Reihe von Projekten definiert worden. Zur Finanzierung aus dem schleswig-holsteinischen Haushalt würden komplementär EU-Mittel eingeworben.

Die hamburgischen CDU-Abgeordneten bemängeln die ihrer Meinung nach nicht ausreichende Informationsweitergabe durch den Senat.

Nach Ansicht der schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten sollte die Partizipation des Parlaments in einem regelhaften Verfahren sichergestellt werden.

Der hamburgische GAL-Abgeordnete vertritt die Auffassung, der Senat sollte die Bürgerschaft in geeigneter Weise über den Zwischenstand informieren, zumal für die Weiterführung der Projekte Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten.

Die Senatsvertreter erklären, die Unterrichtung der Bürgerschaft werde voraussichtlich Mitte Juli im Rahmen der „Ostseedrucksache“ erfolgen.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten schlagen vor, das Thema in der nächsten gemeinsamen Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen, um dann im Rahmen einer Zwischenbilanz den Fortschritt bei den einzelnen Projekten konstatieren zu können.

Nach Ansicht des hamburgischen GAL-Abgeordneten könnte die Rückendeckung aus dem parlamentarischen Raum für den Fortbestand der Projekte hilfreich sein.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten teilen mit, nächste Woche werde im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein Berichts Antrag gestellt. Die Redebeiträge würden dem hamburgischen Europaausschuß zur Verfügung gestellt. Sie regten einen wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen beiden Ausschüssen an. Sie informieren darüber, daß der Ausschuß noch in diesem Jahr eine Reise in die STRING-Region vorgesehen habe.

Die Vorsitzende des hamburgischen Ausschusses für Europa und Städtepartnerschaften sichert die Übermittlung der angekündigten „Ostseedrucksache“ des Senats zu.

#### **Zu TOP 4:**

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten berichten von fraktionsübergreifenden Überlegungen, - analog zur Ostseekooperation - eine Zusammenarbeit mit Nordseeanrainern zu etablieren. Es bestehe Einigkeit, daß die Ostseekooperation weiterhin Schwerpunkt der schleswig-holsteinischen Europapolitik bleiben solle. Auch in Bremen und Niedersachsen sei das Thema schon diskutiert worden. Eine Kooperation würde sich in den Themenfeldern Schiffssicherheit, Umwelt, Touristik, Wirtschaft, Kultur- und Hochschulpolitik und im grenzüberschreitenden Bereich anbieten. Die Nordseekooperation solle nicht die Dimension der Ostseekooperation erreichen. Vielmehr müsse dort im Kontext der norddeutschen Bundesländer eine eigene Philosophie und Strategie entwickelt werden. Sie erkundigen sich nach bestehenden Kooperationen und Partnerschaften Hamburgs zu Nordseeanrainern.

Die hamburgischen SPD-Abgeordneten teilen mit, eine Nordseekooperation sei bisher noch nicht im Ausschuß thematisiert worden, könnte aber auch für Hamburg von Interesse sein.

Es gebe bereits Kooperationen der Universitäten von Hamburg, Cambridge, Amsterdam u.a..

Die Senatsvertreter erläutern, die Nordseekooperation spiele im Rahmen des INTER-REG-Programmes eine Rolle. Die Projekte im Nordseeraum drehten sich vor allem um die Meereswasserqualität und den Schutz der Umweltbelange. Die Lage der Nordseeanrainer im Verhältnis zu Europa sei eine andere als die der Ostseeanrainer. Im Nordseeraum befänden sich überwiegend klassische EU-Mitglieder; die Kooperation sei nicht so regionalisiert wie im Ostseeraum. Von daher sei die Motivation für eine Kooperation an der Nordsee mit ähnlich vielen Themenfeldern wie in der Ostseekooperation nicht gegeben. Gleichwohl wäre ein gemeinsames Vorgehen der norddeutschen Länder zu begrüßen.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten fragen nach einem Engagement Hamburgs in der Northsea-Commission. Möglicherweise sei die Zahl der Projekte im Nordseeraum auch deshalb so klein, weil keine besondere Werbung betrieben werde. Wenn die INTERREG-Mittel im Jahre 2006 nicht mehr gezahlt würden und ein Großteil in die „neuen Demokratien“ fließen würde, wäre es sinnvoll, mit entwickelten Partnern im Nordseebereich bei partiellen Fragen in ein engeres Geflecht zu kommen.

Die Senatsvertreter machen deutlich, Hamburg sei – anders als Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen – bisher nicht in der Northsea-Commission. Unter dem Aspekt der EU-Erweiterung – Stichworte „Northern Dimension“ oder Ostseekooperation – sei vom Bund nur eine geringe Unterstützung zu erwarten. Ein vergleichbares Wirkungsfeld würde auf weitere Sicht in der Nordsee nicht gefunden werden können, zumal alles wesentliche von der EU geregelt werde.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten überlegen, in welchen Bereichen die norddeutschen Länder wirklich etwas bewegen könnten. Das Thema sollte auch im Ausschuß noch einmal genauer diskutiert werden.

Der hamburgische GAL-Abgeordnete konstatiert, die Ressourcen in Hamburg würden schon jetzt nicht ausreichen, um alle Kooperationsbemühungen wahrzunehmen. Langfristig sei zu überlegen, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollten, die auch umsetzbar seien. Interessante Punkte einer Nordseekooperation wären eine Kooperation der Häfen, Schiffssicherheit und die Entwicklung von Offshore-Windenergie. Im Bereich Naturschutz sei der Nationalpark Wattenmeer bereits ein gutes Beispiel für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten meinen, bei einer Gegenüberstellung der bestehenden Kooperationen in der Nordseeregion könnten sich teilweise auch Ziele für die Ostseekooperation ergeben. Nachdem die spezifischen Unterschiede herausgearbeitet worden seien, könnte analysiert werden, in welchen Bereichen innovative Prozesse angekurbelt werden könnten.

Der schleswig-holsteinische Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist auf die lange Kooperation bei der trilateralen Wattenmeerkonferenz hin. Der Umweltbereich stehe bereits im Zentrum einer solchen Kooperation, weil das Problembewußtsein bei diesen stark industrialisierten Staaten ähnlich sei. Im Küstenmanagement werde es auf Fachebene weitere Entwicklungen geben. Im Ostseeraum werde durch die historischen Chancen aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen der Volkswirtschaften und der möglichen Kooperation mit Russland viel politische Fantasie freigesetzt und eine hohe Motivation bei

den Akteuren geschaffen. In der Klärung der Frage, wie in Europa neue Regionalpolitiken entwickelt werden könnten, sehe er Möglichkeiten, eine neue Identität für eine Nordseekooperation zu finden. Wenn es gelänge, die im Nordseebereich agierenden Metropolen – die ARA-Häfen, der Großraum London, Hamburg - zu einem neuen Bewußtsein von Kooperation im Rahmen eines globalen Wettbewerbs zu führen, hätte die Nordseekooperation eine politische Dimension.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten verdeutlichen, sie wollten nur den Anstoß geben, ein Thema zu diskutieren, mit dem sich bisher nur in Einzelfragen beschäftigt worden sei. Eine solche Zusammenarbeit könne auch nur mittel- oder langfristig mit eigener Philosophie und Strategie realisiert werden. Gegen eine Ostseekooperation sei vor Jahren zunächst mit ähnlichen Argumenten vorgegangen worden.

Die Senatsvertreter weisen auf das fertiggestellte Projekt eines Fahrradweges rund um die Nordsee hin, das unter Beteiligung Hamburgs entstanden sei.

#### **Zu TOP 5:**

Die Mitglieder beider Ausschüsse kommen überein, daß ihre nächste gemeinsame Sitzung wegen der bevorstehenden Bürgerschaftswahl frühestens im November 2001 stattfinden könne. In dieser Sitzung solle auch über die Themen „Post-Nizza-Prozeß – Verfassung und Kompetenzabgrenzung“ und „Daseinsvorsorge“ diskutiert werden.

Sie beschließen, im Anschluß an die heutige Sitzung einen Termin für die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Ostseejugendstiftung zu vereinbaren.

Dr. Barbara Brüning  
Vorsitzende

Bettina Machaczek  
Schriftführerin

Michael Randt

**RESOLUTION**

version: 30.03.01

adopted by the 10<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference

The participants of the 10<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference<sup>1</sup> assembled in  
Greifswald, Germany, September 3-4, 2001

taking note of

- the new Charter of Fundamental Rights of the European Union
- the 5<sup>th</sup> anniversary of Russian membership in the Council of Europe and the fact that Russia takes over the CBSS Presidency in 2001 / 2002
- the efforts of the CBSS to streamline and harmonize the forthcoming phase of cooperation in the Baltic Sea Area, involving BSPC and other relevant actors, aiming at more efficiency and concrete results in the light of EU enlargement and the Northern Dimension process

call on their own parliaments and on their governments

- to build a stable civil society and to strengthen the sense of citizenship and democracy in the Baltic Sea Region
- ..... ship safety .....

especially by

- fundamental rights, comprising civil and social rights as well as new rights such as technology change, the growing awareness of environment and demographic developments
- good administration and governance, demanding to provide legal assistance, to promote public trust in democratic institutions and to respect the rights of citizens
- establishing close working contacts between national and regional Ombudsmen and the CBSS Commissioner on Democratic Development, taking into account the

<sup>1</sup> Members of the Parliaments of Åland, Bremen, Denmark, Estonia, the Federal Republic of Germany, Finland, Greenland, Hamburg, Iceland, Latvia, Leningrad Region, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Schleswig-Holstein, Sweden, as well as of the Baltic Assembly, the European Parliament, the Nordic Council and the Parliamentary Assembly of the Council of Europe

different interpretations of the Ombudsman institution: guardian of the rule of law (Scandinavian model), mediator (Anglo-Saxon model), human rights supervisor (younger democracies)

- strengthening the bottom-up approach to sub-regional development, based on networking and cooperation of Non Governmental Organizations, involving them into the political decision making process

- an extension in attitude from a purely idealistic approach towards civil society and democracy to one that provides real assistance to Non Governmental Organizations and individuals

- promoting democratic culture, civic education, social justice and a human society, where ordinary people are able to use and to enjoy their rights and freedoms to full extent

- ... young people ...

- close cooperation with relevant UN, OSCE and Council of Europe institutions, applying their standards and expertise

- ... ship safety ...

**the participants of the 10<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference**

- agree to strengthen the cooperation with Non Governmental Organizations, making use of their engagement and know-how in order to support the ongoing socio-political transformation process of a civil society

- entrust the Standing Committee to .....

- want to celebrate their 10<sup>th</sup> jubilee by presenting the BSPC homepage (www. ....) and the booklet „ .....“ as source of information to the wide public

- accept with gratitude the invitation of the ..... Parliament to hold the 11<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference on the ..... of September 2002 in .....

## DRAFT PROGRAMME

Update: 14.02.2001

The 10<sup>th</sup> Baltic Sea Parliamentary Conference  
Greifswald, 3 - 4 September 2001

*Civil Society*

*A Political Model between Vision and Reality*

Sunday, 2<sup>nd</sup> September

afternoon	guided town tour
18.00	Delegates arrive in Greifswald
19.00	Bus transfer from the hotels to the Max-Planck-Institute (M-P-I)
19.30	Welcome Ceremony <i>Hilrich Kuessner, President of the State Parliament of Mecklenburg-Vorpommern</i>
22.00 and 23.00	Bus transfer from the Max-Planck-Institute to the hotel

Monday, 3<sup>rd</sup> September

8.30 - 9.30	Standing Committee
9.30 - 10.00	Bus transfers to the Conference venue (M-P-I)
10.00 - 10.15	Opening of the Conference <i>Hilrich Kuessner, President of the State Parliament of Mecklenburg-Vorpommern</i>
<b>First Session</b>	
<b>Cooperation In the Baltic Sea Region</b>	
10.15 - 10.35	Report by the Standing Committee for the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) <i>Heinz-Werner Arens, Chairman of the Standing Committee, President of the State Parliament of Schleswig-Holstein</i>
10.35 - 11.05	Report on behalf of the Council of Baltic Sea States (CBSS) <i>Igor Ivanov, Russian Foreign Minister</i>
11.05 - 11.30	Question and Answer Period

- 2 -

- 11.30 - 11.45 **Coffee break**
- 11.45 - 12.05 **Preventing and Combating Marine Accidents, Safety on Sea Lanes, Improving Safety in Marine Environments and Improving International Cooperation**  
*Stig Ostdahl, Chairman of the Conference of Peripheral Maritime Regions (CPMR), Finland*
- 12.05 - 12.30 **Discussion**
- 12.30 - 14.00 **Lunch Break**
- Second Session**  
**Profile and Contours of a Civil Society**
- 14.00 - 14.30 **The Values of a Civil Society: Orientation and Changes**  
*NN*
- Young People's Role in a Civil Society**  
**- Demands and Expectations**
- 14.30 - 14.45 **Youth Policy as a Cross-Sectional Approach to Politics**  
*Leif Linde, National Board for Youth Affairs, Sweden*
- 14.45 - 15.00 **Participation of Young People in Decision-Making Processes - View from Eastern-Middle Europe:**  
*Renaldas Valsbrodas, Lithuanian Youth Council*
- 15.00 - 15.15 **- View from Western Europe:**  
*Katrin Mönemoerder, Secretariat of the Baltic Youth Forum, Regional Youth Council of Mecklenburg-Vorpommern*
- 15.15 - 15.45 **Coffee break**
- 15.45 - 16.30 **Plenary Discussion**
- 16.30 - 18.00 **Drafting Committee in the M-P-I**
- 16.30 **Bus transfer from the Max-Planck-Institute to the hotels (except members of the Drafting Committee).**
- 19.00 **Bus transfer to Heringsdorf / Usedom**
- 20.00 **Dinner**  
**Hotel Maritim, Heringsdorf / Usedom**  
*hosted by Hinrich-Kuessner, President of the State Parliament of Mecklenburg-Vorpommern*
- 23.00 **Bus transfer from Heringsdorf / Usedom to Greifswald**

- 3 -

**Tuesday, 4<sup>th</sup> September**

9.30 - 10.00

Bus transfer to the Conference venue (M-P-I)

**Third Session  
Civil Society - Backbone of Stable Democracy****Political and Legal Foundations of a Civil Society**

10.00 - 10.20

**Democracy and Good Lawmaking**  
*Helle Degn, Commissioner of the CBSS on Democratic Development, Denmark*

10.20 - 10.40

**Minorities and Human Rights**  
*NN (Parliamentarian, e.g. Poland)*

10.40 - 11.00

**Coffee break**

11.00 - 11.20

**Civil Rights and Civil Duties - Grass-Roots Work  
in Non-Governmental Organizations**  
*NN (NGO-Representative)*

11.20 - 12.00

**Political Challenges and Contributions**  
*NN (Parliamentarian, Pres. Nordic Countries)*

12.00

**Plenary Discussion****Adoption of the resolution****Closing of the Conference**

13.00

**Press Conference**

13.00

**Lunch (M-P-I)**

- 16.00

guided town tour

shuttle to Rostock (ferry-boat) and Berlin (airport)